



NIE WIEDER !

NACHRICHTEN EUROPÄISCHER BÜRGERINITIATIVEN

Ausgabe 5 / 2014

Eine Beilage des „13.“. Journalist: Günter Annen

Cestarostraße 2, D-69469 Weinheim

Tel. und Fax: 0049 (0) 6201-2909929/28

E-Mail: info@babycaust.de

Gastkommentar zum Thema *Lebensschutz*

Einige Lebensschutz-Priester haben sich in persönlichen Gesprächen der letzten Wochen erfreut gezeigt über die entsprechenden Passagen in der neuen Enzyklika Evangelii Gaudium (213, 214) von Papst **Franziskus**. Diese Freude teile ich nicht, denn diese Passagen empfinde ich als einen klaren Rückschritt.

VON ANDREAS KIRCHMAIR

Für einen Papst, der bisher viele eigene Wege gegangen ist, genügt es einfach nicht, nur seine Vorgänger und insbesondere **Johannes Paul II.** zu zitieren. Jedoch besonders ärgerlich finde ich seinen Schlußsatz im Absatz 214, der alles vorher Geschriebene relativiert und mit seiner Wortwahl gleichzeitig subtil alle gängigen Lügen der Kindesabtreibungsbefür-

Das Zitat

worter bedient: *„Doch es trifft auch zu, dass wir wenig getan haben, um die Frauen angemessen zu begleiten, die sich in sehr schweren Situationen befinden, wo der Schwangerschaftsabbruch ihnen als*

eine schnelle Lösung ihrer tiefen Ängste erscheint, besonders, wenn das Leben, das in ihnen wächst, als Folge einer Gewalt oder im Kontext extremer Armut entstanden ist. Wer hätte kein Verständnis für diese so schmerzlichen Situationen?“

Widersprüche

Also die Frauen wieder als alleinige Projektionsfläche und „Sündenböcke“ (auch der Kirche beim Thema vorgeburtliche Kindestötung (die Männer/Väter, die Ärzte und andere Mittäter kommen wieder nicht vor), das Vermeiden des Begriffs Mutter im Gegensatz zum „Schwangerschaftsabbruch“, der katholischen Lehre diametral widerspricht, der verwaschene Begriff „Leben“ anstelle von „Kindern“ (die kirchlicherseits ebenfalls ignoriert und nicht „angemessen begleitet wurden“ zum Beispiel durch Fürbitten in der Heiligen Messe oder Begräbnisse) und zum Abschluß auch noch das Einengen von Kindesabtreibungen auf Extremfälle wie Vergewaltigung und Armut, gekoppelt mit einem

gönnerhaften Verständnis für die erfolgten Verbrechen. In einem Satz so viel Widersprüchliches vom derzeitigen katholischen Kirchenoberhaupt zu lesen, ist hart.

Die meisten dieser Mütter sehen sich gleichzeitig als Opfer und Täterin. Aber in der Regel sind sie weder die einzigen Opfer, noch die einzigen Täter, denn es gibt fast immer mehrere Menschen, ohne deren Zutun die jeweilige Kindestötung nicht erfolgt wäre.

Die Mittäter

Diese Mittäter in Politik, Medien, Wirtschaft, Medizin, Gesellschaft und Familie, die Druck auf die Schwangere ausgeübt, lebensfeindliche Gesetze erlassen und Geschäfte mit der Tötung dieser Kinder gemacht haben, verstecken sich heute alle hinter diesen Müttern.

Und dann kommen Priester, die „niemand verurteilen“ wollen und „begnadigen“ mit den Müttern alle diese Mittäter gleich mit. Solche eine pharisäerhafte Haltung zementiert im Grunde die bestehenden Umstände unserer Kinderabtrei-

bungs- und -wegwerfgesellschaft nur noch weiter ein.

Dieser Befund gilt auch für die katholische Kirche im deutschsprachigen Raum.

ZITAT ZUR EU-WAHL

Die EU finanziert Abtreibung und Tötung menschlicher Embryonen. Das verstößt gegen die Menschenwürde sowie gegen das Grundrecht auf Leben. Wir fordern eine sofortige Aussetzung des österreichischen Mitgliedsbeitrages, solange die EU weiter Abtreibungseinrichtungen finanziert. Wir fordern einen umfassenden Ausbau der Pflege und Hospiz und ein Verbot der Euthanasie. Die Entscheidung welchem Menschen das Recht auf Leben zugestanden wird, steht niemandem zu. Der Staat muss Müttern Hilfe, nicht Abtreibung anbieten.

Das schreibt der EU-Abgeordnete Ewald Stadler zur EU-Wahl am 25. Mai 2014. Er führt die Liste Ewald Stadler - REKOS an. Rekos heißt: Die Reformkonservativen.

Prostitution und Menschenhandel

Im Februar stimmte das EU-Parlament über einen Bericht über Prostitution und sexuelle Ausbeutung ab.

In dem Bericht heißt es unter anderem, dass Prostitution und Zwangsprostitution Formen der Sklaverei darstellen, die mit der Menschenwürde und den Grundrechten unvereinbar sind. Zudem begrüßt der Beschluss das sogenannte nordische Modell, nach dem der Freier anstatt der Prostituierten bestraft wird.

Das nordische Modell wird in zunehmendem Maße von der Bevölkerung, insbesondere von jungen Menschen unterstützt, weil es in Schweden in Folge der Bestrafung der Freier zu einer Abnahme des Menschenhandels kam.

Studienergebnis

Die Legalisierung von Prostitution in Deutschland hat zu einer Zunahme des Menschenhandels geführt. Zu

diesem Ergebnis kam eine Studie der Universitäten Göttingen und Heidelberg, in welcher die Auswirkung legaler Prostitution auf den Menschenhandel analysiert wurde und festgestellt wurde, dass es in Ländern mit liberalen Prostitutionsgesetzen wie Deutschland generell mehr Menschenhandel gibt.

Das untermauern die in der Studie angeführten Daten aus 150 Ländern und einer Fallstudie der Länder Schweden, Deutschland und Dänemark. Der Menschenhandel stieg dramatisch an, weil die Legalisierung der Prostitution zu einer steigenden Nachfrage und damit zu einer Vergrößerung des Marktes führte. In Deutschland gibt es derzeit 62 Mal so viele Opfer von Menschenhandel wie in Schweden.

Auf EU-Ebene gab es in der Gesetzgebungsperiode 2009 bis 2014 drei Anläufe, um den Menschenhandel ef-

ektiv zu bekämpfen. Nachdem bereits zwei Beschlussvorlagen in den Ausschüssen bekämpft worden waren, schaffte es heuer der Bericht „Honeyball“ ins Plenum, wo er schließlich angenommen wurde.

Der Bericht ist ein wichtiges Instrument, um nun Schritt für Schritt die Prostitution und den Menschenhandel einzudämmen und den betroffenen Frauen einen besseren Schutz vor sexueller Ausbeutung zu gewährleisten, in dem die Freier bestraft werden.

Honeyball-Bericht

Doch nur drei EU-Abgeordnete aus Österreich – darunter **Ewald Stadler** (REKOS) – haben für den „Honeyball“-Bericht und somit für einen besseren Schutz vor sexueller Ausbeutung gekämpft und gestimmt.

FPÖ, SPÖ und Grüne haben gegen den Bericht gestimmt, die ÖVP hat sich ih-

rer Stimme enthalten. **Hannes Swoboda** (SPÖ) und **Ulrike Lunacek** (Grüne) stimmten nicht mit ab, obwohl sie anwesend waren. Mit Blick auf das Anwachsen des Menschenhandels in ganz Europa stellt sich die Frage, ob denn die mehr als 6.200 registrierten Prostituierten (im Jahr 2012) freiwillig in Österreich sind oder nicht, schließlich stammen nur etwa vier Prozent der Prostituierten aus Österreich.

Der EU-Abgeordnete Ewald Stadler (Die Reformkonservativen - REKOS) kritisiert die Heuchelei von FPÖ, SPÖ, ÖVP und Grünen massiv: „Der EU-Parlamentsbeschluss über Prostitution und Menschenhandel war einer der wenigen guten Beschlüsse der EU. Dass meine österreichischen Kollegen diese Initiativen zur Bekämpfung des Menschenhandels nicht mittragen, verurteile ich zutiefst.“

TB

Eine Koalition aus den üblichen Verbündeten wie der SPÖ und den Grünen hatte schon vor einiger Zeit eine Legalisierung von Abtreibungen bis zum 8. Schwangerschaftsmonat gefordert. Nicht besonders erstaunlich: Die linke Tageszeitung Der Standard spielte dabei die übliche mediale Unterstützungsmelodie. Das Blatt schrieb von Unterstützungserklärungen aus diversen politischen Lagern. Diese Zustimmung kommt dieses Mal aber nicht nur von den Grünen und der SPÖ. Zu diesen

Ja von Neos, Grünen und SPÖ: Legale Abtreibung bis zum 8. Monat?

beiden scheint sich nun ein dritter dauerhafter Partner hinzugesellen: die Neos.

Anlässlich des 40. Jahrestages der Fristenlösung im vergangenen Jahr, wonach seit 1973 die Abtreibung bis zur 16. Schwangerschaftswoche möglich ist, spricht sich nun ein Gruppe von großteils linksgerichteten Frauen und wenigen Männern, für eine komplette Aufhebung der Strafbarkeit von

Abtreibungen aus. So erörtert etwa die sozialistische Salzburger Landtagsabgeordnete **Ingrid Riezler**, warum sie die Aufhebung der Strafbarkeit eines Schwangerschaftsabbruchs befürwortet mit einem merkwürdigen Statement: „*Ich bin für die Streichung des Schwangerschaftsabbruchs aus dem Strafgesetzbuch, denn die Frauen sollen nicht nur gnadenhalber nicht bestraft*

werden – es ist keine Straftat und den Frauen darf nicht weiterhin ein schlechtes Gewissen gemacht werden!“

Eine offensichtlich familienfeindliche Haltung haben Grüne so wie auch die SPÖ in den letzten Jahren immer stärker ausgelebt. Wie es in diesen Fragen um die Neos steht, betrachten aber gerade im bevorstehenden EU-Wahlkampf viele Wähler mit besonderer Aufmerksamkeit. Der Standpunkt zur Abtreibung wird vielen sauer aufstoßen. **unzensuriert.at**